

Aber davon ganz abgesehen: der Paragraph 218 wird vermutlich von den gegenwärtigen deutsch-deutschen Umständen bald in neuer Konstellation aufgerollt werden. In der DDR gilt eine Fristenregelung, in der Bundesrepublik eine Indikationenregelung, die de facto einer Fristenregelung gleichkommt. Heftige Diskussionen darüber, daß die in der DDR geltende Fristenregelung als „soziale Errungenschaft“ beizubehalten und auf die Bundesrepublik zu übertragen sei, werden nicht ausbleiben. Eine Anpassung der Gesetzgebung auch in diesem Punkt wird bei einer Vereinigung beider deutscher Staaten auf jeden Fall unausweichlich. Das Grundgesetz dürfte davon nicht unberührt bleiben.

se

## Angst wovor?

### Verfällt Europa in Fremdenfeindlichkeit?

Fremdenangst, Fremdenfeindlichkeit, Fremdenhaß bis hin zu offenem Rassismus – dies will zur Konstruktion offener Gesellschaften nicht passen, die zu sein gerade europäische, in ihrer Staatlichkeit demokratisch verfaßte Gesellschaften vorgeben. Dennoch gibt es das alles europaweit von Sizilien bis Skandinavien, vom Ural bis zum Atlantik in allen möglichen Facetten.

Die Nachrichten darüber mehren sich mit besorgniserregender Beschleunigung: Überfälle auf Nordafrikaner im französischen Süden, rassistische Ausschreitungen in Großbritannien, vandalistische Anwandlungen gegen Afrikaner und Asiaten im Florentiner Karneval, Demonstrationen und Bürgerproteste gegen Flüchtlings- und Asylantenunterbringung in deutschen Kleinstädten und österreichischen Dörfern – fast täglich berichten die Medien darüber. Sehr viel seltener und gedämpfter dagegen über Bemühungen, Ausschreitungen zu vermeiden, Kontakte zu schaffen, Notleiden-

den zu helfen und Vorurteile abzubauen. Christliche Kirchen und Initiativgruppen scheinen so ziemlich die einzigen zu sein, die auf diesem Felde und in dieser Richtung ohne Hintergedanken sich mühen. Sie unterziehen sich keiner leichten Arbeit, während es in fast allen europäischen Ländern unschwierig geworden ist, für rechtsradikale politische Formationen mit „völkischen“, nationalistischen und halb-rassistischen Schlagworten und Ressentiments auf Wählerstimmenfang zu gehen.

Und die regelmäßig veröffentlichten Verbrechenstatistiken, die bei Ausländern eine höhere Kriminalitätsrate aufweisen als bei den Einheimischen, geben der dumpfen Stimmung eine zusätzliche scheinbare Berechtigung. Was kümmert's, daß die höhere Kriminalitätsrate bei Ausländern zu einem beträchtlichen Teil auf bestimmte Arten von Kriminalität, z. B. auf internationale Drogenkriminalität, und auf die von der Gesamtbevölkerung abweichende Altersstruktur des ausländischen Bevölkerungsanteils zurückzuführen ist.

Warum ist das so? Wenn vieles davon mit den Mitteln gemeiner Vernunft nicht einfühlbar ist, so gibt es doch naheliegende Gründe. Es wäre nicht hilfreich, über sie moralisierend hinwegzureden. Ausländer sind Konkurrenten auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt. Man geht gerne italienisch, griechisch oder chinesisches essen, man genießt die Farbtupfer, die Ausländer der eigenen Kultur aufsetzen, man hat nichts gegen fremde Folklore – gerade nicht wenn sie von weither kommt – und auch nichts gegen Ausländer, solange sie nur Nischen besetzen. So lange sind Ausländer auch als Beschäftigte willkommen, aber wenn sich ihr Arbeitsplatz erledigt hat, sollen sie wieder das Feld räumen. Die vielfältig beschworene Solidargemeinschaft soll sich dann doch nur auf die „eigenen“ Leute erstrecken.

Aber Fremdenangst und Fremdenhaß gibt es nicht nur als Sozialneid von Zukurzgekommenen und Saturierten. Und beides ist auch kein Phänomen bloß der Unterschicht. Vorurteile gegenüber Ausländern vertragen sich

durchwegs mit Gutbürgerlichkeit. Nur sind sie in der Oberschicht anders verzahnt bzw. gekoppelt mit sozialen Vorurteilen gegenüber Unterschichtangehörigen. Aber wenn von „durchraßter“ Gesellschaft die Rede ist und die Sorge vor „Überfremdung“ an die Wand gemalt wird, dann geht es wohl doch noch um andere Verhaltens- und Motivstrukturen. Offenbar setzen sich immer wieder atavistische Empfindungen und Gefühlswallungen durch, in denen sich der unumschränkt geltende Schutz der Würde der Person auf die eigene Volksart reduziert. Oder zumindest gilt Vermischung von Völkern und Kulturen schlichtweg als Kulturverlust. Mensch im eigentlichen, besser im „eigenen“ Sinne ist doch nur der eigene „Volksgenosse“. Alles Fremde stört oder wird als Bedrohung erlebt.

Einfache Heilmittel dagegen gibt es nicht, und rein moralische Kriterien helfen nicht weiter. Ein vernünftiges Ausländerrecht kann vielleicht aktuell helfen. Dazu gehört durchaus auch ein kontrollierter Umgang mit dem Asylantenproblem. Karitative Argumente allein reichen auch da nicht aus. Es gibt Sinn, den Kreis der Asylberechtigten auf die tatsächlich politisch Verfolgten zu beschränken. Das gibt Sinn auch für die Völker der Dritten Welt, die ihre aktiven Potentiale in Zukunft mehr denn je zum Aufbau ihrer eigenen Wirtschaft und Gesellschaften brauchen.

Doch mehr als ein Problem rechtlicher Regelungen und Restriktionen ist das Verhältnis von Ausländern und Einheimischen eine Frage politischer Führung. In einer Zeit weltweiter Kommunikation und Kooperation müssen Regierungen in der Lage sein, der Bevölkerung *rational* klarzumachen, daß das Zusammenleben mit Ausländern und Fremden jeglicher Herkunft und Rasse zu den selbstverständlichen Lebensgrundlagen einer jeden funktionierenden Gesellschaft gehört. Insofern entscheidet sich am „Ausländerproblem“, das immer in erster Linie ein Inländerproblem ist, mehr als das Ausländerproblem. Die „multikulturelle Gesellschaft“ ist eine Zukunftsvision. Sie kann warten. Aber eine

offene Gesellschaft läßt sich mit Fremdenfeindlichkeit vertun. Politische Führung wird sich also gerade auch an ihr bzw. am Umgang mit ihr erweisen müssen. se

## Gemeinsame Sache?

### *Die Kirche in Frankreich und ihre jüngste Vergangenheit*

Kaum ein Zeitungsinterview mit einem hochrangigen Kirchenvertreter in Frankreich dürfte seit langem so nachhaltige Reaktionen hervorgerufen haben wie dasjenige von Kardinal *Albert Decourtray*, dem Erzbischof von Lyon, in der Tageszeitung „Le Figaro“ vom 5. Januar. Auf Seite 1 dieser Ausgabe sah man sich mit dem vermeintlichen Zitat aus einem Interview mit dem Vorsitzenden der Französischen Bischofskonferenz konfrontiert:

„Einige Bischöfe machten gemeinsame Sache mit dem Marxismus.“  
Auch wenn der Erzbischof von Lyon dies im Interview so nicht sagte, die Schlagzeile tat die beabsichtigte Wirkung. Aber auch die Version im Interview selbst für sich genommen, hätte für einigen Gesprächsstoff gesorgt – die beiden Schlüsselsätze lauteten: „Geistlichen mit einer ausgeprägt missionarischen Perspektive kann man den Vorwurf machen, daß sie für gewisse Gefahren nicht ausreichend sensibel waren. Im Bemühen um den Erhalt der kirchlichen Einheit mit den Engagierten hat man sich zu einem gewissen Einverständnis mit dem Marxismus hinreißen lassen.“

Seit diesen Äußerungen Decourtrays geistert – als Folgewirkung der dramatischen Umwälzungen in den Ländern des real existierenden Sozialismus – durch die französische kirchliche Öffentlichkeit, vor allem durch die Milieus der „Katholischen Aktion“, die Frage nach der tatsächlichen oder vermeintlichen „connivence“ der Kirche in Frankreich, einiger ihrer Bischöfe bzw. bestimmter kirchlicher Milieus mit dem Marxismus.

Vertreter der Action Catholique Ouvrière (ACO) und andere sahen sich vom obersten Vertreter der katholischen Kirche ihres Landes auf die öffentliche Anklagebank gesetzt – auch durch Decourtrays in dem Zusammenhang wenig nuancierende Wiederholung des Urteils aus „Divini Redemptoris“ von 1937 über den Kommunismus als „durch und durch verderbt“. Die linkskatholische Wochenzeitung „Témoignage Chrétien“ sah „Jahrzehnte eines missionarischen Zeugnisses im Arbeitermilieu“ in Frage gestellt (15.1.90). Als mindestens so bedeutsam wie das, was Decourtray zur Sache sagte, wurde immer wieder die Tatsache bewertet, daß er dies ausgerechnet dem „Figaro“ sagte, dessen Kampf gegen alles, was er für marxismus- und kommunismusverdächtig in der katholischen Kirche hält, von der Theologie der Befreiung bis zur Arbeit des kirchlichen Hilfswerks CCFD, des französischen „Misereor“, seit Jahren in Frankreich für massive Spannungen sorgt.

Kardinal Decourtray hat unterdessen auf bemerkenswert selbstkritische Weise versucht, die Gemüter zu beruhigen. Nicht nur, daß er sich mit Vertretern der ACO zu einem Gespräch traf. In einem an alle französischen Bischöfe gerichteten Brief (Wortlaut in *La Croix*, 20.2.90) bezeichnete er es freimütig als „Fehler“, zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf verkürzende und in sich wenig differenzierte Weise über Marxisten aller Art gesprochen zu haben – und dies obendrein im „Figaro“. In der Sache hat damit Decourtray nichts Wesentliches zurückgenommen, allenfalls sich für seine Unbekümmertheit entschuldigt, mit der er sich zu einem so zentralen und emotional stark besetzten, die jüngste Vergangenheit des französischen Katholizismus betreffenden Thema geäußert hat.

„Connivence“ kann „gemeinsame Sache“ ebenso bedeuten wie „Nachgiebigkeit“, „Einverständnis“. Und in dieser Bedeutungsspannbreite liegt die ganze Kalamität, die das Interview auslöste. Denn in gewisser Weise kann die Feststellung Decourtrays kaum bestritten werden: So wie es in Frank-

reich insgesamt eine Zeitlang als ausgemacht galt, daß Intellektuelle links standen, mit der Sozialistischen Partei bzw. der KPF sympathisierten und sich gewerkschaftlich im sozialistischen – und bis 1964 christlichen – CFTD oder im kommunistischen CGT engagierten, prägte nicht nur marginale Teile der „Katholischen Aktion“ und der Priesterschaft ein *Linkskatholizismus*, wie es ihn sonst so nicht gegeben hat. Reste davon sind zu spüren, wenn die ACO auch noch 1990 in einer Positionsbestimmung mit einer Selbstverständlichkeit von der Arbeiterklasse spricht, wie man es auch bei Sozialisten bzw. Sozialdemokraten nicht mehr häufig finden dürfte (vgl. *La Croix*, 1.3.90). Mit Dokumenten wie dem von 1977 zum Verhältnis von Christentum und Marxismus (vgl. *HK*, August 1977, 384 ff.; September 1977, 458 ff.) bemühten sich die französischen Bischöfe, die Balance zu halten zwischen einer Abgrenzung gegenüber dem Kommunismus als politischer Ideologie und Massenbewegung einerseits und dem Einsatz für eine vertiefte Begegnung von Christen und Marxisten andererseits – letzterer setzte jedoch eine gewisse „connivence“ mit marxistisch inspirierten, sozialpolitischen Anliegen voraus.

Mit dem Niedergang der französischen KP wie auch der Entideologisierung des Parti Socialiste, bezeichnenderweise schon bald nach dem Machtantritt des sozialistischen Präsidenten *Mitterrand*, haben sich jedoch die Gewichte völlig verschoben. Hier genau aber beginnen die Mißverständnisse, die Kardinal Decourtray unweigerlich hervorrief. So blauäugig mancher französische Linkskatholik in den 70er Jahren auch im Umgang mit der kommunistischen und marxistischen Ideologie gewesen sein mag – das fortwauernde Polemisieren des „Figaro“ in den Kategorien der 60er und 70er Jahre nimmt sich demgegenüber mindestens so irrational aus.

Der Fehler Decourtrays bestand denn auch in erster Linie darin, sich allzu leichtfertig vor einen bestimmten ideologischen Zug spannen zu lassen. Deshalb war er auch bemüht, die Diskussion von einer Be- und Verurteilung